ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Konjunktur in Deutschland bleibt trotz sinkender Stimmung robust

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2016) : Konjunktur aktuell: Konjunktur in Deutschland bleibt trotz sinkender Stimmung robust, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 4, Iss. 3, pp. 92-107

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/148381

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunktur aktuell: Konjunktur in Deutschland bleibt trotz sinkender Stimmung robust*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

In Deutschland sind die Konjunkturaussichten weiter recht günstig. Stimmungsindikatoren deuten zwar auf ein etwas schwächeres Jahresende hin, die Binnenkonjunktur ist aber weiter aufwärtsgerichtet. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2016 insgesamt um 1,9% zulegen. Für das Jahr 2017 wird dann mit 1,2% eine niedrigere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate erwartet. Maßgeblich dafür sind vor allem schwächere Exporte und stärkere Importe. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Zuge der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt etwas steigen. Die Verbraucherpreisinflation bleibt weiterhin moderat. Die öffentlichen Haushalte werden wohl im Jahr 2016 ebenso wie im Jahr 2017 – auch in konjunkturbereinigter Rechnung – Überschüsse erwirtschaften.

Tabelle
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018
		reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
private Konsumausgaben	2,0	1,8	1,4	1,4
Staatskonsum	2,7	3,7	2,3	1,5
Anlageinvestitionen	1,7	2,5	2,0	2,3
Ausrüstungen	3,7	1,8	2,5	3,1
Bauten	0,3	3,1	1,6	1,8
sonstige Anlagen	1,9	2,7	2,5	2,4
Vorratsinvestitionen[a]	-0,5	-0,4	0,0	0,0
Inlandsverwendung	1,6	2,0	1,8	1,7
Außenbeitrag[a]	0,2	0,1	-0,4	-0,1
Exporte	5,2	2,7	2,1	4,3
Importe	5,5	3,1	3,7	5,2
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,2	1,5
nachrichtlich: Weltproduktion	2,8	2,5	2,8	2,8
USA	2,4	1,5	2,2	2,1
Euroraum	2,0	1,5	1,3	1,3
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,9	1,5	0,9	0,7
Tariflöhne je Stunde	2,4	2,2	2,1	2,2
Effektivlöhne je Stunde	2,6	1,8	2,1	2,6
Lohnstückkosten[b]	1,5	1,3	1,8	1,9
Verbraucherpreisindex	0,2	0,4	1,2	1,4
			in 1 000 Personen	
Erwerbstätige (Inland)	43 057	43 584	44 026	44 460
Arbeitslose[c]	2 795	2 700	2 737	2 796
			in %	
Arbeitslosenquote[d]	6,1	5,8	5,9	5,9
Arbeitslosenquote BA[e]	6,4	6,1	6,2	6,2
		% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	0,7	0,6	0,4	0,4
Leistungsbilanzsaldo	8,4	8,9	8,3	8,2

[a] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten). – [b] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [c] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [d] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – [e] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2016: Prognose des IWH (Stand: 01.09.2016).

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68
Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 35/2016 am 9. Juni 2016 veröffentlicht.

Internationale Konjunktur: Erholung im Euroraum schwächt sich ab

Seit dem Abebben der Eurokrise im Jahr 2013 expandiert die Weltwirtschaft bei geringen Schwankungen in mäßigem Tempo. So hat sie sich nach einem schwächeren Winterhalbjahr 2015/2016 zuletzt wieder etwas belebt. Vor allem in China expandierte die Produktion im zweiten Quartal kräftiger. In den USA hingegen fiel der Produktionszuwachs wegen schwacher Investitionen enttäuschend gering aus, am weiterhin kräftigen Zuwachs der Beschäftigung ist aber zu erkennen, dass die US-Konjunktur weiter aufwärtsgerichtet ist. Die Erholung im Euroraum setzte sich etwas abgeschwächt fort, in Mittelosteuropa nahm die Produktion nach einem schwachen Jahresauftakt im Frühsommer wieder deutlich stärker zu, und die Wirtschaft Großbritanniens war bis zum Entscheid der Bürger für einen EU-Austritt am 23. Juni 2016 im Aufschwung.

Der überraschende Ausgang der Abstimmung hat die langfristigen wirtschaftlichen Aussichten vor allem für Großbritannien und in geringerem Ausmaß auch für den Rest der EU eingetrübt. Für die internationale Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr scheinen die Effekte des Brexit aber nicht allzu sehr ins Gewicht zu fallen. Zwar fielen in den Tagen nach der Abstimmung die Aktienkurse in der EU und auch weltweit sowie das britische Pfund deutlich, in geringerem Ausmaß auch der Euro. Mittlerweile hat aber der Euro seine Verluste wettgemacht, und die Aktienkurse sind im Euroraum und in Großbritannien ungefähr auf dem Stand vom Jahresanfang, in den USA und in den asiatischen Schwellenländern sogar deutlich darüber. Auch die Risikoeinschätzungen der Finanzmarktteilnehmer, wie sie aus Preisen für Kaufoptionen auf Aktienindizes herausgelesen werden können, sind mittlerweile nicht mehr hoch. Die Bank von England hat wohl ihren Teil zur Stabilisierung der Erwartungen beigetragen, indem sie nicht nur ihren Leitzins von 0,5% auf 0,25% senkte, sondern auch ein Kaufprogramm für Staatstitel und Unternehmensanleihen auflegte. Auch in Korea, Taiwan und Indien sind die Leitzinsen im Sommer gesenkt worden, in diesen Ländern wegen fallender Inflationsraten oder schwächelnder Konjunktur. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank von Japan setzen ihre Politik negativer Einlagezinsen fort; letztere weitete ihr Kaufprogramm jüngst noch etwas aus. Negative Renditen nicht nur für kurzfristige, sondern auch für langfristige Staatstitel Deutschlands und Japans lassen darauf schließen, dass für diese Volkswirtschaften in absehbarer Zeit mit keinen positiven Leitzinsen gerechnet wird. Auch die Renditen für Schuldtitel von Unternehmen sind im Euroraum weiter gefallen, ebenso wie die Kreditzinsen von Geschäftsbanken. Aber auch in den USA, wo noch für dieses Jahr mit einer Zinserhöhung gerechnet wird, sind Renditen für zehnjährige Staatstitel mit 1,6% nah an ihrem Allzeittief. Deshalb überrascht die gegenwärtige Investitionsschwäche in den USA, die nur zum Teil auf die Krise der Fracking-Industrie aufgrund des Ölpreisverfalls und wohl auch auf die schwache Produktivitätsentwicklung in den USA zurückzuführen ist (vgl. Kasten 1). Dafür, dass die US-Investitionen in den kommenden Quartalen wieder etwas anziehen, sprechen neben niedrigen Finanzierungskosten die jüngste Stabilisierung der Rohölproduktion und die wieder bessere Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe in den USA. Geringe Finanzierungskosten stützen nicht nur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, sondern in besonderem Ausmaß auch in China die wirtschaftliche Aktivität. Dort sind die Verschuldungsquoten der Unternehmen in den vergangenen Jahren stark gestiegen, und im Jahresverlauf 2016 hat die Geldmenge deutlich beschleunigt zugelegt. Sowohl realwirtschaftliche Indikatoren wie der Verbrauch von Elektrizität, Stahl und Zement als auch Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass von der Kreditexpansion derzeit besonders das Verarbeitende Gewerbe und der Bau profitieren. Ab Herbst 2016 und im Jahr 2017 dürfte sich aber der Trend zu niedrigeren Expansionsraten gerade dieser Branchen in China wieder durchsetzen. Auf der anderen Seite deuten für Russland und Brasilien Frühindikatoren wie Unternehmensumfragen und Geldmengenaggregate an, dass die tiefen Rezessionen in diesen Ländern im Lauf dieses Jahres auslaufen dürften.

In Großbritannien hat sich die Konjunktur sehr deutlich eingetrübt. Die Stimmung in den Unternehmen, besonders im für das Land so wichtigen Dienstleistungssektor, ist seit dem Brexit-Entscheid eingebrochen, und der Markt für Gewerbeimmobilien hat sich abgekühlt. Allerdings hat der Fall des Pfunds die internationale Wettbewerbsposition britischer Produzenten verbessert. Für die nächsten Quartale ist für Großbritannien mit einem leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Von einer nachlassenden britischen Güternachfrage wird auch die Erholung im Euroraum ein Stück weit gedämpft. Stützend wirken neben den weiter gesunkenen Finanzierungskosten die in diesem Jahr insgesamt leicht expansive Finanzpolitik der Mitgliedstaaten sowie die vielerorts steigende Beschäftigung. Allerdings ist in den großen Mitgliedstaaten Frankreich und Italien die Arbeitslosigkeit bisher kaum gefallen,

Kasten 1

Zur konjunkturellen Dynamik in den USA

In den USA fiel die wirtschaftliche Dynamik in der ersten Jahreshälfte recht verhalten aus. Mit 0,2% im ersten und 0,3% im zweiten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt deutlich langsamer zu als die Potenzialrate, die etwa 1½% pro Jahr beträgt.[a] Im ersten Quartal 2016 verhinderte insbesondere der schwache private Konsum eine kräftigere Produktionsausweitung, während sich im zweiten Quartal ein starker Lagerabbau produktionsmindernd auswirkte. Vor allem entwickeln sich die Anlageinvestitionen seit dem vierten Quartal 2015 sehr schwach. Zu den Gründen hierfür dürfte neben einer allgemein schwachen Produktivitätsentwicklung (vgl. Abbildung 1) auch ein Rückgang der Investitionen im Bergbau aufgrund der zeitweise stark gefallenen Energiepreise zählen. In diesem Bereich werden entgegen der allgemein positiven Beschäftigungsentwicklung weiterhin Arbeitsplätze abgebaut, und der Wachstumsbeitrag für das Bruttoinlandsprodukt ist seit mehreren Quartalen negativ (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1

Jährliche Wachstumsrate der Totalen Faktorproduktivität (TFP) in den USA

in %

Quellen: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 2

Verwendungsseitige Wachstumsrate des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts und Wachstumsbeiträge der Anlageinvestitionen

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %; Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die schwache Produktivitätsentwicklung in den USA schlägt sich auch in einem niedrigen gleichgewichtigen Realzins, also demjenigen Realzins, bei dem die Wirtschaft normal ausgelastet ist, nieder.[b] Der expansive Charakter der Geldpolitik ist daher verhaltener, als das absolut gesehen immer noch sehr niedrige Niveau der Leitzinsen suggeriert. Denn für die Messung des Expansionsgrades der Geldpolitik ist der Abstand des tatsächlichen zu dem gleichgewichtigen Zins ausschlaggebend. Schätzungen zufolge liegt der gleichgewichtige Realzins in den USA gegenwärtig bei etwa ¼%, während er vor der Finanzkrise bei über 2% lag.[c] Ein deutlicher Wiederanstieg der Leitzinsen in den USA ist daher in nächster Zeit nicht zu erwarten.

[a] Vgl. *OECD:* Economic Outlook No 99 – June 2016. – [b] Zum Rückgang des Produktivitätsfortschritts in den USA siehe beispielsweise *ECB:* The Slowdown of US Labor Productivity Growth – Stylised Facts and Economic Implications, in: Economic Bulletin 2/2016, Box 1 und *Cardarelli, R.; Lusinyan, L.:* U.S. Total Productivity Slowdown: Evidence from the U.S. States. IMF Working Paper 15/116. – [c] Vgl. *Laubach, T.; Williams, J.:* Measuring the Natural Rate of Interest, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 85 (4), 2003, 1063-1070, aktualisierte Schätzung vom 23. August 2016.

und die Produktion hat zuletzt stagniert. Skepsis hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten in diesen Ländern spiegelt sich auch in – gegen den Trend im übrigen Euroraum – weiter sinkenden Immobilienpreisen wider. In Italien kommt das Problem der hohen Belastung des Bankensektors mit notleidenden Krediten hinzu. Wenn der Impuls der Realeinkommensgewinne durch gesunkene Ölpreise in den kommenden Quartalen ausläuft, dürfte sich die Erholung in diesen Ländern und im Euroraum insgesamt abschwächen.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Europa[a]	29,9	1,8	1,6	1,5	1,6	1,4	1,2	1,9	2,0				
EU 28[a]	25,1	2,2	1,7	1,4	1,5	0,0	0,5	1,4	1,5	9,4	8,7	8,5	8,4
Schweiz	1,0	0,9	1,0	1,7	1,7	−1,1	−0,5	0,3	0,8	3,3	3,5	3,4	3,3
Norwegen	0,6	1,6	1,0	1,5	1,5	2,2	2,7	2,2	2,5	4,4	4,7	4,6	4,2
Türkei	1,1	3,8	3,4	2,8	3,4	7,7	7,7	7,5	7,3				
Russland	2,0	−3,7	−0,4	1,5	2,0	15,5	7,0	5,5	5,0				
Amerika	36,8	1,8	1,0	2,1	2,0								
USA	27,8	2,4	1,5	2,2	2,1	0,1	1,1	2,1	2,2	5,3	4,8	4,7	4,7
Kanada	2,4	1,1	1,6	1,9	2,0	1,1	1,6	2,0	2,0	6,9	7,1	6,9	6,8
Lateinamerika[b]	6,6	−0,7	−1,2	1,7	1,8								
Asien	33,3	5,0	4,8	4,8	4,6								
Japan	6,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,8	0,1	0,6	1,0	3,4	3,2	3,2	3,2
China ohne Hongkong	17,0	6,9	6,5	6,3	6,1								
Südkorea	2,1	2,6	2,8	2,9	2,7	0,7	1,2	1,7	2,0	3,6	3,5	3,3	3,3
Indien	3,2	7,6	7,7	7,5	7,2								
Ostasien ohne China[c]	4,6	3,4	3,3	3,6	4,0								
insgesamt[d]	100,0	2,8	2,5	2,8	2,8								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[e]	67,1	2,0	1,5	1,7	1,7	0,2	0,8	1,6	1,7	6,6	6,1	6,0	5,9
Schwellenländer[f]	32,9	4,5	4,4	4,9	4,7								
nachrichtlich:													
exportgewichtet[g]	100,0	2,5	2,0	2,2	2,2								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten[h]	100,0	3,2	2,8	3,1	3,1								
Welthandel[i]	-	1,6	0,5	1,9	2,0								

[a] Zur Revision des irischen Bruttoinlandsprodukts für 2015 und deren Auswirkungen auf die Zuwachsraten in Europa und der EU vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/documents/24987/6390465/Irish_GDP_communication.pdf. – [b] Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – [c] Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – [d] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – [e] EU 28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – [f] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – [g] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2015. – [h] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, April 2016. – [i] Realer Güterhandel. Wert für 2015 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte die Produktion im Euroraum im Jahr 2016 um 1,5% und im nächsten Jahr um 1,3% zunehmen. Die Verbraucherpreise steigen um 0,2% in diesem und um 1,2% im nächsten Jahr. Die Weltwirtschaft expandiert mit 2,5% in diesem und 2,8% im nächsten Jahr in mäßigem Tempo (vgl. Tabelle 1 und 2).

Risiken

Die Entscheidung der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union bildet natürlich das Hauptrisiko für die Konjunktur in Großbritannien selbst, gefährdet aber auch die Erholung im Euroraum. So exportiert der Euroraum in erheblichem Umfang Investitionsgüter nach Großbritannien, und gerade die britischen Investitionen dürften von der mit der Entscheidung für den Brexit verbundenen Unsicherheit besonders negativ betroffen sein.

Der Sieg der Brexit-Befürworter ist aber auch ein Warnsignal für die Weltwirtschaft insgesamt. Denn es war ein Votum für mehr nationale Selbstbestimmung und weniger Migration und damit gegen die Globalisierung im Sinne eines weltweiten Zusammenwachsens nationaler Volkswirtschaften. Ähnliche Positionen drohen gegenwärtig vielerorts mehrheitsfähig zu werden, obwohl weltwirtschaftliche Integration langfristig Wohlfahrtsgewinne der Arbeitsteilung ermöglicht. Werden Integrationsschritte durch politische Entscheidungen wie den Brexit gestoppt oder zurückgenommen, droht die Weltkonjunktur auch kurzfristig Schaden zu nehmen, weil wirtschaftliche Entscheidungsträger die negativen künftigen Auswirkungen einer solchen Politik

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

2015 bis 2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[b]				Arbeitslosenquote[c]			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Deutschland	20,7	1,5	1,8	1,5	1,5	0,1	0,3	1,3	1,5	4,6	4,3	4,2	4,2
Frankreich	14,9	1,2	1,2	1,0	1,1	0,1	0,2	1,0	1,5	10,4	9,8	9,7	9,6
Italien	11,2	0,6	0,8	0,7	1,0	0,1	0,3	1,0	1,3	11,9	11,3	10,8	10,5
Spanien	7,4	3,2	2,8	2,3	1,9	−0,6	−0,4	1,1	1,6	22,1	19,8	18,6	18,0
Niederlande	4,6	2,0	1,5	1,4	1,3	0,2	0,0	1,3	1,9	6,9	6,2	6,0	6,0
Belgien	2,8	1,4	1,4	1,3	1,2	0,6	1,7	1,7	1,9	8,3	8,2	7,6	7,4
Österreich	2,3	0,8	1,3	1,2	1,2	0,8	1,1	2,1	1,9	5,7	5,7	5,7	5,7
Irland[d]	1,5	26,3	3,4	3,0	2,8	0,0	0,4	2,3	1,9	9,4	8,2	7,7	7,4
Finnland	1,4	0,2	1,0	1,1	1,2	−0,2	0,2	0,9	1,7	9,3	9,2	9,7	9,7
Portugal	1,2	1,5	0,9	1,2	1,2	0,5	0,4	0,9	1,6	12,4	11,9	11,6	11,3
Griechenland	1,2	−0,3	−1,3	−0,3	0,8	−1,1	−0,4	0,0	1,1	25,0	24,0	23,4	22,9
Slowakei	0,5	3,6	3,2	3,4	2,5	−0,3	−0,2	1,0	1,7	11,5	10,0	9,7	9,5
Luxemburg	0,4	4,9	3,8	3,6	3,5	0,1	0,0	1,5	1,8	6,9	6,2	6,4	6,4
Slowenien	0,3	2,6	2,1	2,0	1,8	−0,8	−0,4	0,8	1,6	9,1	8,0	8,3	8,3
Litauen	0,3	1,6	2,3	2,3	2,5	−0,7	0,9	2,0	2,3	9,1	8,3	8,0	7,8
Lettland	0,2	2,6	1,3	2,0	2,3	0,2	−0,4	1,9	2,3	9,9	9,7	9,6	9,5
Estland	0,1	1,2	1,6	2,0	2,3	0,1	0,5	1,8	2,4	6,8	6,3	6,5	6,5
Zypern	0,1	1,6	2,0	2,5	2,5	−1,5	−0,4	0,9	2,8	15,3	11,4	10,1	9,0
Malta	0,1	6,5	3,9	3,4	2,8	1,2	1,6	2,0	1,9	5,3	4,6	4,3	4,0
Euroraum insgesamt[d]	71,1	2,0	1,5	1,3	1,3	0,0	0,3	1,2	1,6	10,9	10,1	9,8	9,5
Euroraum ohne Deutschland[d]	50,4	2,3	1,7	1,4	1,5	0,0	0,3	1,3	1,8	13,1	12,2	11,7	11,4
Großbritannien	17,6	2,3	1,6	1,0	1,6	0,0	1,8	2,9	1,8	5,4	5,2	5,6	5,5
Schweden	3,0	3,9	3,2	2,3	2,0	0,7	1,0	1,7	1,7	7,4	6,8	6,7	6,6
Polen	2,9	3,6	3,3	3,0	2,5	−0,7	−0,4	1,3	2,0	7,5	6,6	6,5	6,5
Dänemark	1,8	1,0	0,9	1,6	1,6	0,2	0,6	1,6	1,8	6,2	6,1	6,0	6,0
Tschechien	1,1	4,6	2,5	2,5	2,4	0,3	0,6	1,8	2,0	5,0	4,2	4,2	4,1
Rumänien	1,1	3,8	4,0	3,6	3,5	−0,4	−0,8	2,4	3,0	6,8	6,3	6,3	6,3
Ungarn	0,7	2,9	1,8	2,4	2,4	0,1	0,4	2,0	2,5	6,9	5,6	5,3	5,1
Kroatien	0,3	3,0	2,7	2,8	2,8	−1,1	0,0	1,5	1,7	9,2	7,2	7,1	7,0
Bulgarien	0,3	1,6	1,9	2,0	2,0	−0,3	−0,4	1,3	1,7	16,9	14,7	14,5	14,0
MOE-Länder[e]	7,8	3,4	2,9	2,8	2,6	−0,4	−0,1	1,6	2,2	7,9	6,9	6,8	6,7
EU 28[d, f]	100,0	2,2	1,7	1,4	1,5	0,0	0,5	1,6	1,6	9,4	8,7	8,5	8,4

[a] Die Zuwachsraten sind (außer für die Slowakei) um Arbeitstageeffekte bereinigt. – [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [c] Standardisiert. – [d] Zur Revision des irischen Bruttoinlandsprodukts für 2015 und deren Auswirkungen auf die Zuwachsraten im Euroraums und der EU vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/documents/24987/6390465/Irish_GDP_communication.pdf. –[e] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – [f] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2015.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

antizipieren und deshalb mancherlei Investitionen unterbleiben.

Konjunkturaussichten in Deutschland weiterhin günstig

In Deutschland hat die Produktion im ersten Halbjahr 2016 recht kräftig zugelegt, mit 0,7% im ersten und 0,4% im zweiten Quartal. Maßgeblich dafür war vor allem, dass die Exportwirtschaft nach einer Schwächephase im zweiten Halbjahr 2015 von zunehmender Nachfrage aus Asien und Osteuropa profitierte. Die Binnenkonjunktur hat jüngst aber etwas an Schwung verloren. So weiteten die privaten Haushalte ihren Konsum etwas langsamer aus als zuvor. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen im zweiten Quartal sogar deutlich zurück.

Im weiteren Jahresverlauf bleibt die gesamtwirtschaftliche Produktion zunächst bei ihrem zuletzt erreichten moderaten Tempo, im Schlussquartal 2016 dürfte sie allerdings zwischenzeitlich leicht nachgeben. Darauf

Tabelle 3

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[a]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,4	0,4	0,6	0,4	0,3	0,2	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,4	1,0	0,7	1,2	1,3	0,6	0,5	0,4	1,0	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	−0,1	1,8	0,4	1,8	1,2	−2,4	0,5	0,8	1,2	1,2	1,2	1,1
Bauten	0,9	−1,3	−0,3	2,0	2,3	−1,6	0,8	1,1	0,6	0,6	0,6	0,6
sonstige Anlagen	0,8	0,4	0,6	0,4	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen[b]	−0,1	−0,5	0,3	0,1	−0,3	−0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,3	0,0	0,8	1,0	0,5	−0,2	0,7	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag[b]	−0,1	0,6	−0,5	−0,6	0,3	0,6	−0,3	−0,3	−0,1	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,0	1,6	0,0	−0,7	1,6	1,2	0,1	0,3	0,6	0,9	1,1	1,1
Importe	1,4	0,4	1,1	0,6	1,3	−0,1	0,8	1,0	1,0	1,1	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,5	0,2	0,4	0,7	0,4	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4

[a] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2016: Prognose des IWH.

deutet der IWH-Flash-Indikator hin (vgl. Abbildung 3).[1] Ein Abflachen der gesamtwirtschaftlichen Dynamik zum Jahresende legt auch der ifo-Geschäftsklimaindex nahe. Zum einen ist davon auszugehen, dass mit Großbritannien infolge des Entscheids der britischen Wähler für den Brexit ein wichtiger Absatzmarkt der deutschen Industrie in den Abschwung kommt. Insgesamt sind vom Außenbeitrag keine positiven Effekte zu erwarten (vgl. Tabelle 3). Zudem dürfte sich der Ölpreis im Sommer 2016 für die nächste Zeit stabilisiert haben, und die kräftigen Realeinkommensgewinne deutscher Haushalte aufgrund gesunkener Energiepreise laufen im zweiten Halbjahr aus. Für das Gesamtjahr 2016 ergibt sich insgesamt noch einmal eine kräftige Expansion des Bruttoinlandsprodukts von 1,9%

Kasten 2

Annahmen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen bezüglich des internationalen Umfeldes zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Jahr 2016 im Schnitt bei 44 US-Dollar, im Jahr 2017 bei 51 Dollar und im Jahr 2018 bei 54 Dollar pro Barrel. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt bis Ende des Jahres 2018 1,13 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in den Jahren 2016 und 2017 wegen der leichten Aufwertung des Euro seit vergangenem November etwas geringer als im Durchschnitt des Jahres 2015, aber im langjährigen Vergleich weiter hoch. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis Ende 2018 bei 0 %.

Abbildung 3

Indikatorprognosen für das dritte und vierte Quartal 2016

Verteilung der Wachstumsraten[a]

[a] Abbildung der jeweiligen Kerneldichteschätzer der Verteilung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH-Flash-Indikators 3/2016.

[1] IWH-Flash-Indikator III. und IV. Quartal 2016: Konjunkturaussichten in Deutschland weiterhin günstig – Expansionstempo lässt zum Jahresende nach. Zur Methodik des IWH-Flash-Indikators vgl. *Arbeitskreis Konjunktur:* Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland geht weiter – Krisenprävention und Krisenmanagement in Europa unter Reformdruck, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (1), 2011, 13.

(arbeitstäglich bereinigt: 1,8%, vgl. Abbildung 4 und Tabelle 4).

Abbildung 4

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Tabelle 4

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2015	2016	2017	2018
statistischer Überhang[a]	0,7	0,5	0,5	0,6
Jahresverlaufsrate[b]	1,3	1,7	1,6	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,5	1,8	1,5	1,5
Kalendereffekt[c]	0,2	0,1	-0,3	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	1,7	1,9	1,2	1,5

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

Im Jahr 2017 bleiben die monetären Rahmenbedingungen zwar wie schon seit einigen Jahren sehr günstig, ihre expansive Wirkung lässt aber allmählich nach. Zudem verringern sich die Impulse von Seiten der Finanzpolitik. Der Beitrag des privaten Konsums dürfte etwas schwächer ausfallen als im Vorjahr (vgl. Tabelle 5), da die Verbraucherpreise wohl wieder etwas anziehen werden. Die Kapazitäten dürften im Jahr 2017 in etwa normal ausgelastet sein, und die gesamtwirtschaftliche Produktion expandiert dann in etwa so schnell wie das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft, also mit einer Jahresrate von 1½ %. Aufgrund von Arbeitstageeffekten ergibt sich allerdings nur eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,2% (vgl. Tabelle 4).[2] Im Jahr 2018 legt die Produktion nach vorliegender Prognose um 1,5% zu.

Tabelle 5

Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[a]

in Prozentpunkten

	2015	2016	2017	2018
Konsumausgaben	1,6	1,7	1,2	1,1
private Konsumausgaben	1,1	1,0	0,7	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,7	0,5	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,5	0,4	0,5
Ausrüstungen	0,2	0,1	0,2	0,2
Bauten	0,0	0,3	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	−0,5	−0,4	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,5	1,8	1,7	1,6
Außenbeitrag	0,2	0,1	−0,4	−0,1
Exporte	2,4	1,3	1,0	2,0
Importe	−2,1	−1,2	−1,4	−2,1
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,2	1,5

[a] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

Prosperierender Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in einer sehr guten Verfassung. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im zweiten Quartal des Jahres 2016 um 122 000 Personen bzw. 0,3% gegenüber dem Vorquartal zu. Dieser Beschäftigungsaufbau resultierte nahezu vollständig aus den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Handel/Verkehr/Gastgewerbe, Unternehmensdienstleister sowie Öffentliche Dienstleister. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau erneut von der sehr kräftigen Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der Rückgang der Zahl der Minijobs, der mit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 einsetzte, kam zuletzt zum Stillstand. Die Zahl der Selbstständigen nahm erneut ab. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass

[2] Für das Jahr 2016 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,0% bis 1,4%, für das Jahr 2017 von 0,6% bis 2,4%.

Kasten 3

Rahmenbedingungen für die Prognose

Die monetären Bedingungen in Deutschland sind weiterhin sehr günstig. Sowohl die Zinsen an den Kreditmärkten als auch die Umlaufsrenditen an den Kapitalmärkten liegen auf einem niedrigen Niveau. So erreichten die Umlaufsrenditen von Unternehmensanleihen mit einem Wert von 1,7% im Juli einen neuen historischen Tiefstwert. Dasselbe trifft auch auf die Finanzierung des Staates am Anleihemarkt zu, denn zehnjährige Staatsanleihen wiesen im Juli eine Umlaufsrendite von −0,2% auf. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Zinsen für Haushalte und Unternehmen bei Banken. Neue Wohnungsbaukredite haben mit 1,8% wieder den Tiefstwert vom Mai 2015 erreicht. Neue Kredite für Konsumzwecke bzw. für Unternehmen kosteten kaum verändert weiterhin 6,2% bzw. 1,2%. Die Kreditvolumina folgen weiterhin einem seit Ende 2010 zu beobachtenden Anstieg, wobei jedoch im Juni bei Unternehmenskrediten ein Rückgang zu verzeichnen war. Letzterer wird allerdings durch die Anstiege bei Konsumenten- und Immobilienkrediten mehr als ausgeglichen. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey des III. Quartals dann auch für die nächsten drei Monate für Kredite an Unternehmen weniger strenge Kreditrichtlinien bei gleichzeitig stärkerer Nachfrage. Für Kredite an Haushalte berichten die befragten Banken eine – wie bereits im Vorquartal – leicht zunehmende Nachfrage nach Krediten. Allerdings trifft letztere auf eine zum Vorquartal voraussichtlich nochmals verschärftere Vergaberichtlinie. Insgesamt werden die in Deutschland zu beobachtenden sehr günstigen monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum fortdauern.

Tabelle 6

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[a]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber 2015

	2016	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	−1,2	−2,4	−3,6
Gesetz zum Abbau der kalten Progression und zur Anpassung von Familienleistungen	−4,6	−4,4	−4,7
Steueränderungsgesetz 2015	−0,1	−0,1	−0,1
Reform der Investmentbesteuerung			−0,1
Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	0,3	0,3	0,3
Abschaffung der Eigenheimzulage	0,1	0,1	0,1
Kaufprämie für und steuerliche Förderung von Elektroautos	−0,1	−0,2	−0,1
Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen	0,5	1,5	1,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55%		2,5	2,6
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2016 auf durchschnittlich 1,1%, zum 1. Januar 2017 auf durchschnittlich 1,3% und zum 1. Januar 2018 auf durchschnittlich 1,5%	2,2	4,5	6,7
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	−0,1	−0,1	−0,2
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	−0,3	−0,3	−0,3
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	−0,2	−0,2	−0,2
Zweites Pflegestärkungsgesetz		−4,0	−3,0
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	−0,2	−0,2	−0,2
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	−0,8	−1,6	−1,0
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	−0,1	−0,5	−0,5
Reform des Wohngeldrechts und Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes	−0,6	−0,5	−0,5
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	0,0	0,1	0,2
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen[b]	−2,5	−4,5	−6,3
Investitionsprogramm zur Mikroelektronik		−0,1	−0,3
Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt		−0,2	−0,3
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	−0,5	−0,5	−0,5
Integrationsgesetz		−0,2	−0,1
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber 2015)[c]	−8,2	−11,0	−10,7
insgesamt gegenüber 2015 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	−0,3	−0,3	−0,3
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	−0,3	−0,1	0,0
nachrichtlich: Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration (Mrd. Euro gegenüber 2015)	9,6	10,2	10,5

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – [b] Investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. – [c] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Von der Finanzpolitik gehen im Jahr 2016, insbesondere infolge von Steuererleichterungen, nochmals expansive Impulse aus (vgl. Tabelle 6). Im Jahr 2017 schwächt sich der Expansionsgrad deutlich ab. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt der finanzpolitische Impuls im Jahr 2016 bei 0,3% und im Jahr 2017 bei 0,1%. Im Jahr 2018 ist die Finanzpolitik dann konjunkturneutral ausgerichtet.[a]

[a] Diese Prognose beruht auf der geltenden Gesetzeslage und den derzeit beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen.

Abbildung 5

Arbeitslose

saisonbereinigter Verlauf

[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2016: Prognose des IWH.

infolge der anhaltend günstigen Arbeitsmarktentwicklung die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einer selbstständigen Tätigkeit bisweilen vorgezogen wird. An der ausgesprochen günstigen Beschäftigungsentwicklung haben Flüchtlinge bisher nur wenig partizipieren können. So lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern[3] lediglich um 34 000 Personen über dem Vorjahresstand.[4] Im weiteren Jahresverlauf wird sich der starke Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Darauf weist die sehr hohe Zahl an offenen Stellen hin. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Beschäftigungsaufbau knapp 530 000 Personen betragen und damit noch kräftiger ausfallen als im Vorjahr.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen hat bis zuletzt weiter abgenommen. Die Unterbeschäftigung nahm hingegen wegen der Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu. Dies liegt u. a. daran, dass die Zahl der Asylbewerber, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betreut werden, zugenommen hat.[5] Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit war – gemessen am kräftigen Beschäftigungsaufbau – erneut deutlich unterproportional. Dies ist vor allem auf die sehr starke Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials zurückzuführen. Dabei spielt die hohe Nettozuwanderung die entscheidende Rolle.[6] Im weiteren Verlauf ist mit einer Zunahme der Arbeitslosenzahl zu rechnen, da sich die Flüchtlingsmigration zunehmend auf dem Arbeitsmarkt zeigen wird. Darauf weisen die im Juni 2016 erstmals veröffentlichen Daten zu den arbeitslos registrierten Flüchtlingen hin.[7] So waren im Juni 2016 131 000 anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerber oder Geduldete arbeitslos gemeldet.[8] Im Monat August waren es 153 000. Dies waren 5,7% der Arbeitslosen insgesamt. Im Durchschnitt des Jahres 2016 wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen dennoch um ca. 90 000 Personen unter dem Vorjahresstand liegen. Im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosigkeit allerdings steigen, da dann die Zahl der arbeitslos registrierten Flüchtlinge deutlich zunehmen dürfte (vgl. Abbildung 5). Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote dürfte in den Jahren 2016 und 2017 bei 5,8% bzw. 5,9% liegen.[9]

[3] Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien.

[4] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Hintergrundinformation. Nürnberg, August 2016, 21.

[5] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht August 2016. Nürnberg, August 2016, 18. Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zählen grundsätzlich nicht zur registrierten Arbeitslosigkeit, werden aber in der Zahl der Unterbeschäftigten berücksichtigt.

[6] Die Nettozuwanderung betrug im Jahr 2015 1,14 Millionen Personen. Allerdings dürfte diese im Prognosezeitraum deutlich zurückgehen, und zwar auf 600 000 Personen im Jahr 2016 bzw. 410 000 Personen im Folgejahr. Dafür spricht der zu erwartende weitere Rückgang der Zahl der Anträge im EASY-System.

[7] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Hintergrundinformation, a. a. O., 4.

[8] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Migrations-Monitor Arbeitsmarkt. Nürnberg, August 2016.

[9] Sollten – wie angekündigt – Asylbewerber verstärkt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, könnten die Effekte auf die Zahl der Erwerbstätigen bzw. Arbeitslosen stärker ausfallen. So zählen beispielsweise Personen in Maßnahmen zur Förderung von abhängiger Beschäftigung (z. B. Arbeitsgelegenheiten) zu den Erwerbstätigen.

Wachstumsbeitrag des Außenhandels geht zurück

Der Außenhandel war im ersten Halbjahr 2016 eine wichtige Stütze der Konjunktur. Nach einem sehr kräftigen ersten Quartal sind die Ausfuhren in den Folgemonaten erneut recht deutlich gestiegen, wenn auch etwas schwächer als im ersten Quartal. Diese Entwicklung wurde vor allem von den Warenausfuhren getragen, während sich die Dienstleistungsausfuhren im zweiten Quartal deutlich abschwächten. In regionaler Betrachtung sind die Ausfuhren in die Länder der

Abbildung 6

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

[a] Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Schweden, Großbritannien, Kroatien. – [b] Alle europäischen Länder außerhalb der EU. – [c] Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Korea, Taiwan, Thailand.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Europäischen Union überdurchschnittlich gestiegen, und hier insbesondere in jene außerhalb des Euroraums, wobei im zweiten Quartal auch die Nachfrage aus dem Euroraum wieder leicht gestiegen ist (vgl. Abbildung 6). Außerhalb Europas blieben die Ausfuhren insgesamt schwach. Weiterhin moderaten Ausfuhren in die USA standen zuletzt Zuwächse vor allem in den asiatischen Raum sowie nach Russland und in die OPEC-Länder gegenüber. Im Prognosezeitraum dürften sich die Expansionsraten der Ausfuhren zunächst abschwächen. Darauf deuten sowohl die Auftragseingänge aus dem Ausland hin, die zuletzt (Juni) wieder deutlich schwächer waren, als auch Vertrauensindikatoren wie die Exporterwartungen der Unternehmen, die im August gesunken sind. Im Verlauf des kommenden Jahres werden die Exporte wieder kräftiger zulegen, denn die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern dürfte sich etwas beleben.

Die Einfuhren haben in den vergangenen zwei Quartalen weniger zugelegt als die Ausfuhren, was einer eher schwachen Entwicklung der Binnennachfrage geschuldet sein dürfte. Im weiteren Prognoseverlauf dürften die Einfuhren vor dem Hintergrund etwas kräftigerer Ausrüstungsinvestitionen wieder etwas an Dynamik zulegen und die Ausfuhrdynamik übertreffen. Insgesamt wird der Außenhandel damit in den nächsten Quartalen einen leicht negativen Beitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts leisten.

Die *terms of trade* haben sich zuletzt leicht verschlechtert. Die Ausfuhrpreise gaben etwas stärker als die Einfuhrpreise nach. Im Prognosezeitraum dürften Ein- und Ausfuhrpreise wieder leicht steigen, wobei zunächst die Einfuhrpreise die Ausfuhrpreise übertreffen. Im kommenden Jahr steigen die Ausfuhrpreise wieder etwas stärker als die Einfuhrpreise. Die *terms of trade* werden sich dementsprechend in diesem Jahr nochmals deutlich verbessern, jedoch in geringerem Ausmaß als 2015, und in den kommenden Jahren in etwa neutral entwickeln.

Investitionen moderat aufwärtsgerichtet

Die Anlageinvestitionen gaben nach der kräftigen Expansion im Winterhalbjahr zuletzt nach. Der Staat und die Unternehmen haben ihre vergleichsweise umfangreiche Investitionstätigkeit um die Jahreswende herum sowohl hinsichtlich der Ausrüstungen als auch der Bauten im Frühjahr nicht fortgesetzt. Bei den Ausrüstungen dürfte dies wohl einer Atempause gleichkommen, während es bei den Bauinvestitionen in einem Frühsommer, der einem milden Winter folgt, erwartungsgemäß zu Anpassungen nach unten kommt. Diese waren im gewerblichen und öffentlichen Bau besonders ausgeprägt, während der Wohnungsbau angesichts hoher Auftragsbestände aufwärtsgerichtet blieb. Gemittelt über das erste Halbjahr nahmen die Anlageinvestitionen aber um 1,7% gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr zu. Dies spiegelt sich auch in allen Bausparten und bei den sonstigen Anlagen wider. Den größten Schub konnte mit 2,8% der öffentliche Bau verbuchen, gefolgt von dem Wohnungsbau mit 2,6%, dem Wirtschaftsbau mit 1,9% und den sonstigen Anlagen mit 1,5%. Dagegen gaben die Ausrüstungsinvestitionen auch in der Halbjahresbetrachtung um 0,5% nach, was allerdings ausschließlich an den geringeren Ausgaben des Staates für Ausrüstungen liegt. Die Unternehmen haben im Verlauf des ersten Halbjahrs ihre Investitionen um 1,2% ausgeweitet.

Im weiteren Verlauf dürften die Investitionen ihre zwischenzeitliche Schwäche überwinden und im Trend wieder moderat aufwärtsgerichtet sein. Zwar ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit angesichts des Brexit-Votums wohl gestiegen,[10] die Auswirkungen dürften aber im Prognosezeitraum begrenzt bleiben. Die insgesamt stabile Weltnachfrage und das günstige Finanzierungsumfeld schlagen sich positiv auf die Investitionen der Unternehmen nieder. Der Wohnungsbau dürfte aufgrund der noch hohen Auftragsbestände aufwärtsgerichtet bleiben, auch wenn die Dynamik im späteren Prognoseverlauf aufgrund der Verschärfung der Energiesparverordnung sowie etwas ungünstigerer Kreditbedingungen leicht nachgeben wird. Das zeigt sich auch in den rückläufigen Neubaugenehmigungen für private Haushalte. Dagegen werden Investoren angesichts der historisch günstigen Zinsen und der verstärkten Nachfrage in Ballungsgebieten ihre Ausgaben für Wohnbauten weiter trendmäßig ausweiten. Die öffentlichen Investitionen sind ebenfalls aufwärtsgerichtet. Die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur werden wohl nun allmählich in die Bauphase übergeleitet.

Privater Konsum bleibt robust

Obwohl die Arbeitsmarktlage nach wie vor sehr günstig ist, sind die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten zuletzt weniger kräftig gestiegen. Die Dynamik bei der Tariflohnentwicklung hat merklich nachgelassen. So wurden zuletzt sogar Tariflohnerhöhungen im Bank-

[10] Der Economic Policy Uncertainty Index war zuletzt deutlich aufwärtsgerichtet.

gewerbe und der Druckindustrie vereinbart, die mit einer mehr als zweijährigen Laufzeit durchschnittliche Lohnsteigerungen von unter 2% je Jahr beinhalten. Insgesamt dürften in diesem Jahr die Löhne je Beschäftigten mit 2,3% wohl etwas schneller als die Tariflöhne zulegen. In der Summe steigen die Löhne und Gehälter damit um 3,8% in diesem Jahr, in den beiden Jahren danach fällt der Zuwachs etwas geringer aus. Dabei dürfte auch die verstärkte Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt eine Rolle spielen.

Durch Entlastungen bei der Lohnsteuer steigen auch die Nettolöhne in diesem Jahr fast genau so schnell wie die Bruttolöhne. Hinzu kommt, dass die gesetzlichen Renten zur Jahresmitte 2016 besonders stark angehoben wurden. Die durch den kräftigen Anstieg der Flüchtlingszahlen stark gestiegenen monetären Sozialausgaben der Gebietskörperschaften im Jahr 2015 dürften im Prognosezeitraum wieder geringer zulegen, sodass in der Summe der Anstieg der Masseneinkommen im Prognosezeitraum rückläufig sein wird.

Die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse der privaten Haushalte sind zuletzt kräftig gestiegen. Sie werden diese Dynamik zunächst im Zuge der vorübergehend etwas schwächeren konjunkturellen Lage wohl nicht halten können und erst danach wieder stärker zulegen. Zudem gehen die Vermögenseinkommen mittlerweile nicht mehr weiter zurück, sodass die Primäreinkommen weiterhin mit einer jährlichen Rate von über 3% im Prognosezeitraum steigen werden. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen im Jahr 2016 mit 2,7% zunehmen und auch im Folgejahr ähnlich schnell ansteigen.

Vor allem im laufenden Jahr werden die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben nochmals spürbar ausweiten. So stieg insbesondere die Nachfrage nach Personenkraftwagen im ersten Halbjahr 2016 kräftig an. Hier dürfte wohl nicht zuletzt der niedrige Ölpreis die Kauflust angeregt haben, denn am stärksten stiegen die Kfz-Neuzulassungen bei den Sport Utility Vehicles (SUV).[11] Insgesamt dürfte noch für einige Zeit die geringe Inflation die Budgets der privaten Haushalte entlasten. Allerdings werden im Verlauf des Prognosezeitraums die Verbraucherpreise wieder etwas anziehen, da die inflationssenkenden Impulse des Ölpreisfalls auslaufen dürften, sodass der private Konsum bei konstanter Sparquote in den Jahren 2017 und 2018 jeweils mit 1,4% zunehmen wird.

[11] Vgl. *Kraftfahrt-Bundesamt:* Pressemitteilung Nr. 21/2016 – Fahrzeugzulassungen im Juni 2016 – Halbjahresbilanz.

Weiterhin hohe Haushaltsüberschüsse

Die öffentlichen Haushalte werden im Prognosezeitraum weiterhin hohe Überschüsse erzielen. Zwar wirken im Jahr 2016 Steuerentlastungen einnahmemindernd, und auf der Ausgabeseite fallen erneut hohe Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration an. Dennoch expandieren die öffentlichen Einnahmen aufgrund der hohen konjunkturellen Dynamik im laufenden Jahr nochmals kräftig. Mit der konjunkturellen Abschwächung und der damit einhergehend geringeren Expansion der Löhne und Gehälter dürften die Steuereinnahmen im kommenden Jahr vorübergehend etwas weniger zulegen. Die Sozialbeiträge nehmen dagegen aufgrund von Beitragssatzerhöhungen im Prognosezeitraum weiter spürbar zu. Alles in allem verlangsamt sich der Zuwachs der öffentlichen Einnahmen im kommenden Jahr geringfügig. Mit den etwas stärker steigenden Unternehmensgewinnen im Jahr 2018 dürften die Einnahmen des Staates wieder kräftiger expandieren.

Die öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 2016 spürbar ausgeweitet. Zwar dämpft die rückläufige Verzinsung von Staatsanleihen den Ausgabenzuwachs. Dem stehen aber deutliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration gegenüber. Ab dem kommenden Jahr verlangsamt sich der Anstieg der öffentlichen Ausgaben. So schwenkt die Finanzpolitik bis zum Jahr 2018 auf einen konjunkturneutralen Kurs ein, und Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration fallen ab dem Jahr 2017 kaum mehr an. Alles in allem beläuft sich der Überschuss der öffentlichen Haushalte im Jahr 2016 auf 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In den Jahren 2017 und 2018 liegt der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo (auch strukturell) bei 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Professor Dr. Oliver Holtemöller
IWH, Leiter der Abteilung Makroökonomik
Stellvertretender Präsident
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Hans-Ulrich Brautzsch, Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies
IWH, Arbeitskreis Konjunktur

Hauptaggregate der Sektoren

in Mrd. Euro

	2015					2016					2017					2018				
	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 729,7	1 844,4	292,1	593,1	-	2 820,0	1 904,2	301,0	614,8	-	2 894,5	1 950,4	309,0	635,2	-	2 989,4	2 007,6	317,8	664,0	-
2 – Abschreibungen	535,7	308,4	66,7	160,5	-	550,9	315,8	68,5	166,6	-	566,0	322,1	70,5	173,4	-	581,0	330,1	70,5	180,5	-
3 = Nettowertschöpfung[1]	2 193,9	1 536,0	225,4	432,6	- 229,5	2 269,0	1 588,4	232,4	448,2	- 246,1	2 328,6	1 628,2	238,5	461,8	- 232,8	2 408,4	1 677,5	247,3	483,6	- 234,3
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 537,0	1 095,5	228,6	212,9	13,6	1 593,2	1 135,0	236,4	221,7	14,4	1 647,3	1 174,7	243,1	229,5	14,7	1 706,4	1 217,9	250,6	237,9	14,9
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,9	12,8	0,2	8,9	-	22,5	13,6	0,2	8,7	-	20,5	12,4	0,2	7,9	-	20,6	12,5	0,2	8,0	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	24,4	22,6	0,2	1,5	-	25,3	23,6	0,2	1,5	-	26,1	24,3	0,2	1,5	-	25,3	23,5	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	659,4	450,4	- 3,2	212,3	- 243,2	678,6	463,3	- 4,0	219,3	- 260,5	686,9	465,5	- 4,6	226,0	- 247,4	706,6	470,6	- 3,2	239,2	- 249,2
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 539,9	-	-	1 539,9	10,7	1 596,3	-	-	1 596,3	11,3	1 650,4	-	-	1 650,4	11,6	1 709,5	-	-	1 709,5	11,8
9 – Geleistete Subventionen	27,5	-	27,5	-	4,7	27,3	-	27,3	-	5,4	27,9	-	27,9	-	5,8	28,2	-	28,2	-	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	327,4	-	327,4	-	5,4	336,2	-	336,2	-	7,2	341,8	-	341,8	-	5,4	349,1	-	349,1	-	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	727,4	650,0	47,3	30,1	176,2	718,6	647,5	41,9	29,2	178,6	726,4	656,5	40,3	29,7	179,0	751,1	681,0	39,5	30,6	178,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	791,3	374,4	21,4	395,4	112,3	787,0	369,9	20,0	397,1	110,2	794,5	371,7	20,4	402,4	110,9	822,6	393,3	20,5	408,8	106,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 563,1	174,8	270,9	2 117,4	- 295,6	2 652,2	185,8	283,0	2 183,4	- 315,8	2 719,3	180,7	289,5	2 249,1	- 304,3	2 808,5	182,9	298,6	2 326,9	- 308,1
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	362,7	71,7	-	291,1	10,2	380,9	79,7	-	301,2	10,6	389,2	80,6	-	308,6	11,5	404,4	84,6	-	319,8	12,6
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	372,6	-	372,6	-	0,4	391,0	-	391,0	-	0,4	400,4	-	400,4	-	0,4	416,6	-	416,6	-	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge[2]	619,5	-	-	619,5	3,6	642,2	-	-	642,2	3,7	667,4	-	-	667,4	3,7	694,6	-	-	694,6	3,8
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge[2]	620,4	118,8	500,8	0,8	2,7	643,1	120,5	521,9	0,8	2,7	668,5	123,2	544,5	0,8	2,6	692,7	126,2	565,7	0,8	5,7
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	533,2	61,5	471,0	0,8	0,5	549,6	61,0	487,9	0,8	0,4	568,1	60,9	506,4	0,8	0,4	583,2	60,9	521,5	0,8	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	526,0	-	-	526,0	7,7	542,8	-	-	542,8	7,2	561,2	-	-	561,2	7,4	576,1	-	-	576,1	7,6
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	306,1	158,7	75,2	72,1	50,3	304,5	154,8	74,2	75,6	50,5	313,4	153,8	78,3	81,3	50,7	317,4	154,1	80,6	82,6	53,2
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	264,1	140,2	21,5	102,4	92,3	265,2	142,9	19,5	102,8	89,8	273,1	149,0	19,8	104,3	91,0	278,7	153,3	20,1	105,3	91,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 524,6	142,0	619,5	1 763,1	- 257,1	2 617,2	153,6	653,4	1 810,2	- 280,9	2 684,4	157,6	669,4	1 857,4	- 269,3	2 772,9	162,8	698,9	1 911,2	- 272,6
23 – Konsumausgaben	2 219,7	-	583,7	1 636,0	-	2 290,6	-	614,8	1 675,8	-	2 358,6	-	640,9	1 717,7	-	2 431,1	-	663,4	1 767,6	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 48,1	-	48,1	-	-	- 48,6	-	48,6	-	-	- 49,1	-	49,1	-	-	- 49,6	-	49,6	-
25 = Sparen	304,9	93,9	35,8	175,2	- 257,1	326,6	105,0	38,6	183,0	- 280,9	325,7	108,5	28,6	188,7	- 269,3	341,9	113,3	35,5	193,1	- 272,6
26 – Geleistete Vermögenstransfers	45,6	8,0	29,7	7,9	4,7	45,4	4,1	33,1	8,2	5,1	48,5	8,7	30,9	8,9	5,4	42,2	1,2	30,9	10,1	5,9
27 + Empfangene Vermögenstransfers	41,7	18,4	12,2	11,1	8,6	42,0	19,9	12,2	9,9	8,5	44,9	22,6	11,8	10,4	9,0	39,0	18,9	11,8	8,3	9,0
28 – Bruttoinvestitionen	583,6	332,3	64,3	187,0	-	596,7	329,8	68,4	198,5	-	622,4	351,1	71,5	199,8	-	650,3	365,2	74,9	210,3	-
29 + Abschreibungen	535,7	308,4	66,7	160,5	-	550,9	315,8	68,5	166,6	-	566,0	322,1	70,5	173,4	-	581,0	330,1	70,5	180,5	-
30 – Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 2,1	- 1,2	- 1,8	0,9	2,1	- 2,4	- 2,1	- 1,2	0,8	2,4	- 2,4	1,6	- 5,0	0,9	2,4	- 2,4	- 1,6	- 1,7	0,9	2,4
31 = Finanzierungssaldo	255,3	81,6	22,6	151,1	- 255,3	279,9	108,9	19,0	151,9	- 279,9	268,1	91,8	13,4	162,9	- 268,1	271,8	97,6	13,7	160,6	- 271,8
nachrichtlich:																				
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 524,6	142,0	619,5	1 763,1	- 257,1	2 617,2	153,6	653,4	1 810,2	- 280,9	2 684,4	157,6	669,4	1 857,4	- 269,3	2 772,9	162,8	698,9	1 911,2	- 272,6
33 – Geleistete soziale Sachtransfers	377,9	-	377,9	-	-	400,1	-	400,1	-	-	420,6	-	420,6	-	-	436,8	-	436,8	-	-
34 + Empfangene soziale Sachtransfers	377,9	-	-	377,9	-	400,1	-	-	400,1	-	420,6	-	-	420,6	-	436,8	-	-	436,8	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 524,6	142,0	241,6	2 140,9	- 257,1	2 617,2	153,6	253,4	2 210,3	- 280,9	2 684,4	157,6	248,8	2 278,0	- 269,3	2 772,9	162,8	262,1	2 348,0	- 272,6
36 – Konsum[3]	2 219,7	-	205,8	2 013,8	-	2 290,6	-	214,7	2 075,8	-	2 358,6	-	220,3	2 138,3	-	2 431,1	-	226,6	2 204,4	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 48,1	-	48,1	-	-	- 48,6	-	48,6	-	-	- 49,1	-	49,1	-	-	- 49,6	-	49,6	-
38 = Sparen	304,9	93,9	35,8	175,2	- 257,1	326,6	105,0	38,6	183,0	- 280,9	325,7	108,5	28,6	188,7	- 269,3	341,9	113,3	35,5	193,1	- 272,6

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – [2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – [3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2015, 2016, 2017: Prognose des IWH.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016, 2017 und 2018

	2015	2016	2017	2018	2016 1.Hj.	2016 2.Hj.	2017 1.Hj.	2017 2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,9	1,2	1,0	1,0	1,3	1,2	1,0	1,0
Arbeitsvolumen	0,9	1,5	0,9	0,7	1,7	1,4	1,1	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,0	0,3	- 0,1	- 0,3	0,5	0,2	0,2	- 0,4
Produktivität[1]	0,8	0,4	0,3	0,8	0,6	0,1	0,3	0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,9	1,2	1,5	2,3	1,5	1,4	1,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	2 219,7	2 290,6	2 358,6	2 431,1	1 115,8	1 174,8	1 150,7	1 207,9
Private Haushalte[2]	1 636,0	1 675,8	1 717,7	1 767,6	817,5	858,2	839,2	878,5
Staat	583,7	614,8	640,9	663,4	298,3	316,5	311,5	329,4
Anlageinvestitionen	603,8	628,3	653,0	680,3	302,9	325,3	314,3	338,7
Ausrüstungen	200,2	205,5	212,4	220,8	98,7	106,8	101,3	111,1
Bauten	295,0	309,7	322,7	336,4	149,1	160,6	155,7	167,1
Sonstige Anlageinvestitionen	108,6	113,0	117,8	123,1	55,1	57,9	57,4	60,5
Vorratsveränderung[3]	- 20,2	- 31,6	- 30,6	- 30,0	- 5,9	- 25,7	- 4,4	- 26,2
Inländische Verwendung	2 803,3	2 887,3	2 981,0	3 081,4	1 412,9	1 474,4	1 460,6	1 520,4
Außenbeitrag	229,5	246,1	232,8	234,3	130,6	115,5	122,6	110,2
Exporte	1 418,8	1 440,0	1 479,0	1 551,0	714,2	725,8	731,9	747,1
Importe	1 189,3	1 193,9	1 246,3	1 316,7	583,5	610,3	609,3	637,0
Bruttoinlandsprodukt	3 032,8	3 133,4	3 213,8	3 315,7	1 543,5	1 589,9	1 583,2	1 630,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,0	3,2	3,0	3,1	3,4	3,0	3,1	2,8
Private Haushalte[2]	2,6	2,4	2,5	2,9	2,5	2,3	2,7	2,4
Staat	4,0	5,3	4,2	3,5	5,8	4,9	4,4	4,1
Anlageinvestitionen	3,2	4,0	3,9	4,2	5,2	3,0	3,8	4,1
Ausrüstungen	4,6	2,7	3,3	4,0	5,2	0,4	2,6	4,0
Bauten	2,2	5,0	4,2	4,2	5,6	4,4	4,4	4,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	4,0	4,3	4,5	3,9	4,1	4,1	4,4
Inländische Verwendung	2,6	3,0	3,2	3,4	3,3	2,7	3,4	3,1
Exporte	6,3	1,5	2,7	4,9	1,9	1,1	2,5	2,9
Importe	3,9	0,4	4,4	5,7	0,2	0,6	4,4	4,4
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,3	2,6	3,2	3,9	2,7	2,6	2,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	7,6	7,9	7,2	7,1	8,5	7,3	7,7	6,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	2 069,8	2 117,8	2 152,6	2 184,2	1 038,5	1 079,3	1 057,5	1 095,1
Private Haushalte[2]	1 540,1	1 568,5	1 590,3	1 613,2	767,2	801,3	779,4	810,9
Staat	529,6	549,0	561,8	570,4	271,1	277,9	277,8	284,0
Anlageinvestitionen	555,2	569,3	580,8	594,3	274,9	294,4	280,2	300,6
Ausrüstungen	194,7	198,2	203,1	209,4	94,7	103,5	96,5	106,6
Bauten	260,4	268,4	272,6	277,4	129,9	138,5	132,2	140,4
Sonstige Anlageinvestitionen	100,4	103,0	105,6	108,1	50,4	52,7	51,6	53,9
Inländische Verwendung	2 596,6	2 648,1	2 695,2	2 741,0	1 307,2	1 340,9	1 332,3	1 362,9
Exporte	1 353,0	1 389,8	1 419,2	1 479,8	689,7	700,2	704,3	714,9
Importe	1 157,1	1 192,9	1 236,9	1 301,8	585,2	607,7	605,7	631,2
Bruttoinlandsprodukt	2 791,1	2 843,9	2 878,1	2 921,5	1 410,8	1 433,1	1 430,6	1 447,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,2	2,3	1,6	1,5	2,6	2,0	1,8	1,5
Private Haushalte[2]	2,0	1,8	1,4	1,4	2,1	1,6	1,6	1,2
Staat	2,7	3,7	2,3	1,5	4,1	3,2	2,5	2,2
Anlageinvestitionen	1,7	2,5	2,0	2,3	3,7	1,5	1,9	2,1
Ausrüstungen	3,7	1,8	2,5	3,1	4,2	- 0,4	1,9	3,1
Bauten	0,3	3,1	1,6	1,8	3,9	2,3	1,8	1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	2,7	2,5	2,4	2,6	2,7	2,5	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,0	1,8	1,7	2,5	1,5	1,9	1,6
Exporte	5,2	2,7	2,1	4,3	3,2	2,2	2,1	2,1
Importe	5,5	3,1	3,7	5,2	3,8	2,4	3,5	3,9
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,2	1,5	2,3	1,5	1,4	1,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016, 2017 und 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Private Konsumausgaben[2]	0,6	0,6	1,1	1,4	0,5	0,7	1,0	1,1
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,6	1,9	2,0	1,6	1,7	1,9	1,8
Anlageinvestitionen	1,5	1,5	1,9	1,8	1,4	1,5	1,8	1,9
Ausrüstungen	0,9	0,9	0,8	0,8	1,0	0,8	0,7	0,9
Bauten	1,9	1,9	2,6	2,4	1,7	2,1	2,6	2,6
Exporte	1,1	- 1,2	0,6	0,6	- 1,2	- 1,1	0,3	0,8
Importe	- 1,4	- 2,6	0,7	0,4	- 3,5	- 1,8	0,9	0,5
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,4	1,3	1,6	1,6	1,2	1,2	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) in Mrd. Euro								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 117,4	2 183,4	2 249,1	2 326,9	1 073,3	1 110,1	1 105,2	1 143,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	279,2	288,1	298,9	312,2	138,8	149,3	144,0	155,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 260,6	1 308,2	1 351,5	1 397,3	624,4	683,8	644,9	706,6
Übrige Primäreinkommen[4]	577,6	587,2	598,7	617,4	310,2	277,0	316,4	282,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	445,7	468,8	470,2	481,6	219,8	249,0	220,6	249,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 563,1	2 652,2	2 719,3	2 808,5	1 293,2	1 359,0	1 325,8	1 393,5
Abschreibungen	535,7	550,9	566,0	581,0	274,2	276,7	281,9	284,1
Bruttonationaleinkommen	3 098,8	3 203,1	3 285,3	3 389,5	1 567,4	1 635,8	1 607,7	1 677,6
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 263,2	2 343,3	2 405,4	2 487,6	1 141,2	1 202,1	1 171,0	1 234,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	723,4	747,1	754,9	778,1	378,0	369,0	382,2	372,8
Arbeitnehmerentgelt	1 539,9	1 596,3	1 650,4	1 709,5	763,2	833,1	788,8	861,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,2	3,1	3,0	3,5	3,3	2,9	3,0	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	3,2	3,8	4,4	2,6	3,7	3,7	3,8
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,8	3,3	3,4	4,0	3,6	3,3	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	2,3	2,1	2,2	2,5	2,2	2,1	2,1
Übrige Primäreinkommen[4]	1,8	1,7	2,0	3,1	2,3	0,9	2,0	1,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,2	5,2	0,3	2,4	9,3	1,8	0,3	0,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,8	3,5	2,5	3,3	4,3	2,7	2,5	2,5
Abschreibungen	2,9	2,8	2,7	2,7	2,9	2,8	2,8	2,7
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,4	2,6	3,2	4,0	2,7	2,6	2,6
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,8	3,5	2,6	3,4	4,3	2,8	2,6	2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	3,3	1,1	3,1	5,5	1,1	1,1	1,0
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,7	3,4	3,6	3,7	3,6	3,4	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) in Mrd. Euro								
Masseneinkommen	1 259,4	1 301,6	1 337,4	1 373,1	625,8	675,8	644,1	693,3
Nettolöhne und -gehälter	836,6	866,4	888,4	912,8	409,4	457,1	419,7	468,7
Monetäre Sozialleistungen	526,0	542,8	561,2	576,1	269,4	273,4	280,1	281,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	103,1	107,7	112,1	115,7	53,0	54,7	55,7	56,5
Übrige Primäreinkommen[4]	577,6	587,2	598,7	617,4	310,2	277,0	316,4	282,3
Sonstige Transfers (Saldo)[5]	- 73,9	- 78,6	- 78,8	- 79,3	- 39,4	- 39,2	- 39,5	- 39,3
Verfügbares Einkommen	1 763,1	1 810,2	1 857,4	1 911,2	896,6	913,6	921,0	936,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,1	48,6	49,1	49,6	24,0	24,6	24,2	24,8
Konsumausgaben	1 636,0	1 675,8	1 717,7	1 767,6	817,5	858,2	839,2	878,5
Sparen	175,2	183,0	188,7	193,1	103,0	80,0	106,0	82,6
Sparquote (%)[6]	9,7	9,8	9,9	9,9	11,2	8,5	11,2	8,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	3,7	3,4	2,8	2,7	3,3	3,4	2,9	2,6
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,6	2,5	2,7	4,0	3,2	2,5	2,5
Monetäre Sozialleistungen	3,8	3,2	3,4	2,7	2,4	4,0	3,9	2,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,0	4,4	4,2	3,2	3,2	5,6	5,0	3,3
Übrige Primäreinkommen[4]	1,8	1,7	2,0	3,1	2,3	0,9	2,0	1,9
Verfügbares Einkommen	3,1	2,7	2,6	2,9	2,7	2,7	2,7	2,5
Konsumausgaben	2,6	2,4	2,5	2,9	2,5	2,3	2,7	2,4
Sparen	6,1	4,4	3,1	2,4	3,3	5,9	2,9	3,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016, 2017 und 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) in Mrd. Euro								
Einnahmen								
Steuern	700,0	727,2	742,2	765,7	365,1	362,0	373,1	369,1
Nettosozialbeiträge	500,8	521,9	544,5	565,7	253,0	269,0	263,6	280,9
Vermögenseinkommen	21,4	20,0	20,4	20,5	10,9	9,1	11,3	9,1
Sonstige Transfers	21,5	19,5	19,8	20,1	8,6	10,9	8,7	11,1
Vermögenstransfers	12,2	12,2	11,8	11,8	6,1	6,1	5,8	6,1
Verkäufe	100,4	104,1	107,9	111,6	49,1	55,0	50,8	57,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	1 356,5	1 405,2	1 446,9	1 495,7	692,9	712,3	713,5	733,4
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	392,1	418,1	440,0	457,4	201,9	216,3	212,6	227,3
Arbeitnehmerentgelt	228,6	236,4	243,1	250,6	113,1	123,4	116,5	126,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	47,3	41,9	40,3	39,5	20,8	21,1	19,8	20,5
Subventionen	27,5	27,3	27,9	28,2	13,3	14,0	13,6	14,3
Monetäre Sozialleistungen	471,0	487,9	506,4	521,5	242,0	245,9	252,8	253,7
Sonstige laufende Transfers	75,2	74,2	78,3	80,6	39,1	35,0	41,6	36,7
Vermögenstransfers	29,7	33,1	30,9	30,9	15,8	17,3	13,4	17,5
Bruttoinvestitionen	64,3	68,4	71,5	74,9	28,9	39,5	30,3	41,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,8	- 1,2	- 5,0	- 1,7	- 0,5	- 0,7	- 4,3	- 0,7
insgesamt	1 333,9	1 386,1	1 433,4	1 482,0	674,4	711,7	696,2	737,2
Finanzierungssaldo	22,6	19,0	13,4	13,7	18,5	0,5	17,2	- 3,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,7	3,9	2,1	3,2	4,8	3,0	2,2	2,0
Nettosozialbeiträge	3,9	4,2	4,3	3,9	4,2	4,3	4,2	4,4
Vermögenseinkommen	- 13,0	- 6,6	2,2	0,3	- 10,9	- 0,9	3,8	0,2
Sonstige Transfers	13,0	- 9,5	1,5	1,4	- 4,6	- 13,0	1,7	1,3
Vermögenstransfers	0,0	0,5	- 3,1	- 0,3	18,3	- 12,8	- 5,6	- 0,5
Verkäufe	0,8	3,7	3,6	3,5	3,6	3,9	3,5	3,7
Sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	3,8	3,6	3,0	3,4	4,2	3,0	3,0	3,0
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	4,7	6,6	5,2	4,0	7,5	5,8	5,3	5,1
Arbeitnehmerentgelt	2,0	3,4	2,8	3,1	3,0	3,8	3,1	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 9,1	- 11,4	- 3,8	- 1,9	- 13,8	- 8,9	- 5,1	- 2,6
Subventionen	5,8	- 0,8	2,2	1,2	- 3,9	2,4	2,2	2,1
Monetäre Sozialleistungen	4,1	3,6	3,8	3,0	2,6	4,6	4,4	3,2
Sonstige laufende Transfers	4,1	- 1,4	5,6	2,9	- 5,1	3,1	6,4	4,8
Vermögenstransfers	- 20,2	11,4	- 6,7	0,1	24,8	1,5	- 15,1	0,8
Bruttoinvestitionen	5,4	6,5	4,6	4,6	7,7	5,6	4,7	4,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	2,7	3,9	3,4	3,4	3,6	4,2	3,2	3,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	0,7	0,6	0,4	0,4	1,2	0,0	1,1	- 0,2

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – [2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – [4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – [5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – [6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – [7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – [8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2016: Prognose des IWH.